

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
AUSSCHUSSES FÜR
STADTENTWICKLUNG, BAUEN
UND SICHERHEIT**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 03. SBS 2009-2014 Sitzungsdatum: 03.07.2013 Niederschrift
--

Übach-Palenberg, den 03.07.2013

Unter dem Vorsitz von Josef Fröschen versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses

Ortsbesichtigung zu TOP 2: Kreuzgracht, Scherpenseel, Treffpunkt: 16.00 Uhr auf dem Rathausvorplatz

der

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Sicherheit

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.05.2013
2. Vorstellung der Regenrückhaltemaßnahmen der Gemeinde Landgraaf für den Stadtteil Scherpenseel
3. 45. Änderung des Flächennutzungsplanes
hier: Berichtigung des Flächennutzungsplanes gem. § 13 a Abs. 2 BauGB im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 95 - Marienstraße -
4. Übersicht über Ersatz-/Aufforstungsmaßnahmen
5. Vorstellung geschwindigkeitshemmender Maßnahmen in der Otto-von-Hubach-Straße
6. Erweiterungen zur Tagesordnung
7. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

B) Nichtöffentliche Sitzung

8. Vergabeangelegenheiten
- 8.1 Dachsanierung Rathausbrücke
- 8.2 Fahrbahnsanierung Kirchstraße

- 8.3 Straßenendausbau Waubacher Weg
- 8.4 Rahmenvertrag für Kanalreinigung, TV-Sonderuntersuchungen, Noteinsätze
- 8.5 Rahmenvertrag für optische Inspektion der Kanalleitungen auf städtischen Grundstücken
- 8.6 Hausmeistervertrag Kanalhausanschlüsse und Kanalreparaturen
- 8.7 Hausmeistervertrag für die Unterhaltung von Straßen
- 8.8 Kommunaler 2-Achs-Kipper mit Ladekran
- 9. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 10. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Wolfgang Bien	UWG	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr René Langa	CDU	als persönlicher Vertreter für Stadtverordneten Görtz; keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Herbert Mlaker	FDP-HM	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	als Vertreter für Stadtverordneten Schneider; keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Frau Christa Thar-Hennes	UWG	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Heiner Weißborn	SPD	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Hubert Wynands	CDU	

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Tim Böven	SPD	
Herr Johannes Bröhl	CDU	
Herr Frank Kozian	B'90/Die Grünen	
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Manfred Ehmig		keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Frau Carla Glashagen	parteilos	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Wolf-Sören Radtke	CDU	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Peter Lürken	parteilos	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
-------------------	-----------	---

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz

Herr Dezernent Hans-Peter Gatzen

Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek

Frau Stadtoberamtsrätin Maria Luise Hermanns keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung

Herr Technischer Angestellter Achim Vogelheim

Herr Technischer Angestellter Achim Engels

Herr Verwaltungsangestellter Thomas de Jong keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Er begrüßte die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und den Vertreter der Presse.

Weiterhin begrüßte er zu TOP 2 den Wethouder Herrn Freed Janssen von der Gemeinde Landgraaf.

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** nahm die Einführung und Verpflichtung des sachkundigen Bürgers Dr. Sascha Derichs vor. Hierzu verlas er folgende Verpflichtungserklärung:

“Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.”

Die Anwesenden erhoben sich währenddessen von ihren Plätzen und der sachkundige Bürger **Dr. Derichs** bekundete sein Einverständnis mit dem Text der Verpflichtungserklärung, die er im Anschluss unterzeichnete und an die Verwaltung zurückgab.

A) Ortsbesichtigung

Vor Beginn der Sitzung fand zu TOP 2 um 16:00 Uhr eine Ortsbesichtigung Kreuzgracht Scherpenseel statt.

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** begrüßte alle Anwesenden.

Technischer Angestellter **Vogelheim** erläuterte kurz die Hochwasserproblematik im Grenzbereich Landgraaf und Scherpenseel und die hier vor Ort geplante Maßnahme.

In Zusammenarbeit mit der Gemeinde Landgraaf solle die bereits auf niederländischer Seite vorhandene Regenrückhalteanlage erheblich vergrößert werden. Hierzu sei der Erwerb von zusätzlichem Land auf niederländischem Staatsgebiet notwendig. In der neuen Anlage sollen die Oberflächenwässer, welche von den niederländischen Äckern bei Starkregenereignissen in die Kreuzgracht abfließen, zurückgehalten, ggf. bei positivem Boden-

befund versickert und kontrolliert auf deutscher Seite in den Kanal abgeleitet werden. Um möglichst viel des Oberflächenwassers ableiten zu können, werde entlang der Grenze ein Entwässerungsgraben zum neuen Becken errichtet.

Die Ortsbesichtigung endete um 16.40 Uhr.

A) **Öffentliche Sitzung**

1. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.05.2013**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Sicherheit vom 14.05.2013 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. **Vorstellung der Regenrückhaltmaßnahmen der Gemeinde Landgraaf für den Stadtteil Scherpenseel**

Freed Janssen, Wethouder der Gemeinde Landgraaf, erläuterte die auf niederländischer Seite begonnene Maßnahme zum Hochwasserschutz.

Die Gemeinde Landgraaf sehe sich verpflichtet, gemeinsam mit der Stadt Übach-Palenberg das Hochwasserproblem im Bereich Grenzstraat - Heerleener Straße zu lösen. Der damalige Plan sei gescheitert, da die Stadt Übach-Palenberg das hierfür notwendige Grundstück damals leider nicht erwerben konnte.

Mit der jetzt auf niederländischer Seite begonnenen Maßnahme werde das fallende Regenwasser in große Röhren geleitet und kann so in den Boden einsickern. Die Maßnahme koste die Gemeinde Landgraaf 800.000 € und sei eine Teillösung für das Hochwasserproblem.

Eine weitere Problemstelle befinde sich auf der Feldseite, die man sich bei der Ortsbesichtigung angesehen habe. Das dortige Grundstück werde von einem Agrarier gekauft. Ein Teilstück dieses Grundstückes wolle die Stadt Übach-Palenberg ankaufen, um dort ein Regenrückhaltebecken zu bauen.

Er hoffe, er habe den Ausschuss überzeugen können, dass die Gemeinde Landgraaf alles tue, um das Hochwasserproblem gemeinschaftlich zu lösen.

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** bedankte sich bei Wethouder Freed Janssen.

Stadtverordneter **Weißborn** bedankte sich ebenfalls. Dies sei für Übach-Palenberg

ein sehr erfreulicher Vortrag gewesen. Die Investition in Höhe von 800.000 € von niederländischer Seite sei ein bemerkenswertes Zeichen für die partnerschaftliche Zusammenarbeit.

An die Verwaltung habe er die Frage, ob sie glaube, dass die Maßnahme von Landgraaf und das Regenrückhaltebecken ausreichend seien, um das Hochwasserproblem insgesamt zu lösen.

Technischer Angestellter **Vogelheim** antwortete, die Versickerung auf niederländischer Seite werde für die Heerleener Straße nicht ausreichen. Es werde weitere Planungen geben. Sobald die Maßnahme auf niederländischer Seite weiter fortgeschritten sei, werde man Zahlen erhalten, welche Oberliegerwässer eingeleitet werden, mit denen die weiteren Berechnungen und Planungen möglich werden.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Weißborn** nach dem zeitlichen Ablauf, erklärte Wethouder Janssen, dass die Baumaßnahmen voraussichtlich in ca. 2 Wochen abgeschlossen werden können.

3. **45. Änderung des Flächennutzungsplanes hier: Berichtigung des Flächennutzungsplanes gem. § 13 a Abs. 2 BauGB im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 95 - Marienstraße -**

Der Bericht wurde ohne Anmerkungen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

4. **Übersicht über Ersatz-/Aufforstungsmaßnahmen**

Dezernent **Gatzen** verwies auf die Übersicht über die Ersatz- und Aufforstungsmaßnahmen. Darüber hinaus können weitere Maßnahmen unabhängig vom Ökonomie-Konto genannt werden, u. a. 70 ha der Tevereener Heide, die ehemalige Kiesgrube Marienberg, das Naherholungsgebiet Wurmtal, der Dohmenpark und die Berghalde.

Die Ausgleichsmaßnahmen habe der ehemalige Verwaltungsangestellte Tacke mit Leidenschaft betreut. Auch habe er sich sehr für die Wurmrenaturierung eingesetzt. Kürzlich habe man mit Herrn Tacke und Herrn Dr. Geitz einen Partnerschaftsvertrag für bestimmte Obstwiesen abgeschlossen, der sowohl die Pflege als auch die Abrennung zum Inhalt habe.

Bei allen Maßnahmen habe man 100 % des Ausgleichs erreicht. Insgesamt betrachtet habe die Stadt ihre Verpflichtung voll erfüllt.

Sachkundiger Bürger **Kozian** fragte, ob es eine Übersicht der internen Maßnahmen gebe und ob man diese zur Verfügung gestellt bekommen könnte. Er fragte, woran man die Maßnahmen erkennen könne, die noch nicht durchgeführt worden seien.

Technischer Angestellter **Vogelheim** antwortete, die Maßnahmen, die in der Liste

nicht mit einer Jahreszahl versehen seien, seien noch nicht ausgeführt.

Sachkundiger Bürger **Kozian** erklärte, er habe deshalb danach gefragt, weil die Firma Davids in Bezug auf den Ausgleich für die Kiesgrube Frelenberg im Verzug sei. Er würde gerne wissen, ob es ähnliche Fälle gebe. Was sei mit der Schokoladenfabrik?

Dezernent **Gatzen** antwortete, dass für die Schokoladenfabrik Maßnahmen geplant seien. Die Firma habe darum gebeten, erst im Herbst mit den Maßnahmen zu beginnen.

Sachkundiger Bürger **Pickartz** erklärte, Dezernent Gatzen lobe die Ausgleichsmaßnahmen. Aber gelte hier nicht das Verursacherprinzip? Er verstehe nicht, warum man die Maßnahmen als besondere Leistung hervorhebe.

Dezernent **Gatzen** antwortete, man müsse zwischen der städtischen Pflicht und der Pflicht der Erschließungsträger unterscheiden. Er halte es für angebracht, die bisherigen Leistungen positiv zu benennen.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** ergänzte, damals habe der Rat beschlossen, dass ein 100%iger Ausgleich herbeigeführt werden solle. Dies sei die besondere Leistung. In anderen Städten habe man zum Beispiel nur einen 80%igen Ausgleich beschlossen.

5. Vorstellung geschwindigkeitshemmender Maßnahmen in der Otto-von-Hubach-Straße

Technischer Angestellter **Vogelheim** erläuterte anhand einer Power-Point-Präsentation die einzelnen Varianten (insoweit wird auf die Anlage zur Niederschrift verwiesen).

Stadtverordneter **F. Fröschen** erklärte, die CDU-Fraktion halte Variante 2 für die sinnvollste Variante. Die Schwellen könne man auch für eine Testphase aufstellen und ggf. anderweitig noch verwenden. Zudem sollten regelmäßige Kontrollen durch das Ordnungsamt und die Polizei durchgeführt werden. Er bat, die Ergebnisse der Verkehrsmessung dem Protokoll als Anlage beizufügen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, die SPD-Fraktion spreche sich ebenfalls für die Schwellen aus. Allerdings seien die Schwellen in der Präsentation nicht dort eingezeichnet gewesen, wo die Geschwindigkeit überschritten werde. Die Schwellen sollten seiner Meinung nach im direkten Wohnbereich angebracht werden, da die Anwohner sich beschwert haben, dass gerade dort die zulässige Geschwindigkeit nicht eingehalten werde. Auch seien die Schwellen nur auf einer Seite angebracht.

Technischer Angestellter **Vogelheim** erläuterte, eine Schwelle sei direkt im Wohnbereich vorgesehen. Die Schwellen seien nur einseitig geplant worden, da es dort, wo Rechts vor Links zu beachten sei, keine Probleme gebe. Die Geschwindigkeitsüberschreitungen finden auch auf der freien Strecke statt.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, man habe den damaligen Antrag aber ganz bewusst für den Bereich der Häuser 17-19 gestellt.

Stadtverordneter **Bien** erklärte, die UWG-Fraktion unterstütze die Variante 2 aus Kostengründen. Für die Winterzeit könne man die Schwellen ggf. entfernen, um so Beschädigungen zu vermeiden. Zudem sei die Variabilität der Anordnung der Schwellen gegeben, so dass man sie nach einer gewissen Erfahrungszeit auch noch einmal verschieben könnte.

Stadtverordneter **F. Fröschen** schlug vor, mit den Anwohner des in Rede stehenden Bereiches zu sprechen und dort nachzuhören, wo genau sie die Probleme sehen.

Technischer Angestellter **Vogelheim** erklärte, er könne gerne mit den Anwohnern Kontakt aufnehmen. Dies sei jedoch bereits damals schon einmal erfolgt. Damals sei gesagt worden, dass die Geschwindigkeit im Kreuzungsbereich als zu hoch empfunden wurde. Allerdings sei man bei den Schwellen ja variabel in der Positionierung, so dass man noch einmal nachfragen und prüfen werde, um der Angelegenheit gerecht zu werden.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, sollte sich herausstellen, dass eine weitere Schwelle erforderlich sei, könne man diese ja noch zusätzlich anbringen.

Stadtverordneter **Malaker** schlug vor, mit konisch zulaufenden Farbstrichen auf der Fahrbahn zu arbeiten. Die Niederländer würden diese Variante oft benutzen. Die Straße wirke dadurch optisch enger und bewirke dadurch eine Geschwindigkeitsreduzierung.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** erklärte, hier müsste zunächst geprüft werden, ob dies bei uns zulässig sei.

Beschluss:

Zur Ausführung wird die Variante 2 (Anbringen von Schwellen) beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6. Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

7. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Technischer Angestellter **Engels** erklärte, man habe bei der Änderung des Bebauungsplanes Saarstraße gewisse gestalterische Elemente bewusst herausgelöst,

damit die Änderung nicht zu kompliziert werde. Diese Elemente wolle man über eine separate Gestaltungssatzung regeln. Derzeit befinde man sich hierzu noch in der Abstimmung mit der Bauordnungsbehörde des Kreises Heinsberg. In einer der kommenden Sitzungen werde man den Entwurf der Gestaltungssatzung dem Ausschuss vorstellen.

- - - - -

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** wies darauf hin, dass die heutige Sitzung die letzte Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Sicherheit sei, an der Dezernent Gatzert vor Eintritt in seinen Ruhestand teilnehme. Er wolle deshalb die Gelegenheit nutzen, ihm im Namen des Ausschusses für seine Arbeit und seine Unterstützung zu danken und ihm für die Zukunft alles Gute zu wünschen.

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** schloss um 18.03 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine kurze Pause an.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** um 19.06 Uhr die Sitzung.

J. Fröschen
Ausschussvorsitzender

Schade
Schriftführerin